

Stettiner



105. Jahrgang der „Privilegierten Stettiner Zeitung.“

No. 266. Abend-

Sonnabend den 9. Juni.

Zeitung

Ausgabe.

Amtliche Nachrichten.

Se. Königl. Hoheit der Prinz - Regent haben, im Namen Sr. Maj. des Königs, Allernädigst geruht:

Dem Divisions-Auditeur Stechow der 4. Division zu Bromberg und dem Garnison-Auditeur Bachofen von Echt zu Stralsund den Charakter als Justiz-Rath zu verleihen.

Dem Vice-Direktor der hiesigen Sing-Akademie, M. Blumner, und dem Stabs-Hauptboisten des Kaiser Alexander Grenadier-Regiments, Carl Liebig, ist das Prädikat „Musik-Direktor“ verliehen worden.

Deutschland.

Berlin, 8. Juni. Das „Journal de St. Petersburg“ vom 6. veröffentlicht, wie dem „Nord“ telegraphirt wird, eine Circularnote des Fürsten Gortschakoff vom 20. Mai, welche den von Russland im Interesse der Christen in der Türkei gethanen Schritt erläutert. Es wird darin ausgeführt, Russland habe keine absoluten Vorschläge in Beziehung auf den einzuschlagenden Weg gemacht. Weiter wird dann die Nothwendigkeit erörtert, eine Untersuchung an Ort und Stelle vorzunehmen, und eine Verständigung zwischen den Großmächten und der Pforte über organische Maßregeln herbeizuführen. Es liege in dem Schritte Russlands nichts, was die Würde und die Rechte der Pforte verleihe; er gehe nur aus dem Wunsche hervor, Verwicklungen vorzubeugen.

— Aus Königsberg wird berichtet: Als am 4. d. M. Se. Königl. der Prinz - Regent den Prinzen Friedrich Wilhelm K. H. zum Chef des 1. Infanterie-Regiments ernannte, telegraphirte Prinz Friedrich Wilhelm diese angenehme Überraschung sogleich Höchsteiner Gemahlin und erhielt in Insterburg von derselben aus Potsdam die telegraphische Antwort: „dass die Ernennung auch ihr viele Freude bereitet und sie den Offizier des Lehrbataillons dieses Regiments, Lieutenant Krause, zur Tafel geladen, die 12 Leute aber bewirthen und jedem einen Doppel-Friedrichsdor habe verabreichen lassen.“ Diese so ansprechende Aufmerksamkeit der Prinzessin erzählte Se. Königl. Hoheit den Offizieren seines Regiments, die Höchsteselbe in der Königshalle durch ein Souper bewirthete, mit der scherhaften Bemerkung, dass diese Leute schon dort Mittag gegessen, während es ihm noch nicht so wohl geworden sei.

— Der Besuch des Königs von Bayern in Stuttgart hatte, wie den „Hamb. Nachr.“ von hier geschrieben wird, einen politischen und mit Bezug auf Preußen versöhnllichen Zweck. Bayern war überhaupt in der letzteren Zeit bestrebt, eine Annäherung zwischen Preußen und den Mittelstaaten herbeizuführen. Es hatte vornehmlich dazu beigetragen, die beabsichtigte Interpellation Preußens beim Bunde, sowie die neue Würzburger Konferenz vertagen zu lassen. Die bevorstehende Zusammenkunft des Prinz-Regenten und mehrerer deutscher Souveräne in Baden-Baden wird hiermit in Verbindung gebracht.

Wie bekannt, wollte die hiesige Studentenschaft dem Prof. Dr. Nitsch am Tage seines 50jährigen Jubiläums einen solenen Fackelzug bringen. Derselbe muss jedoch unterbleiben, da der Universitätsrichter Lehner dem Vernehmen nach dem Komitee gegenüber erklärte, er würde seine Zustimmung versagen, selbst wenn Rektor, Senat und Polizei-Präsidium einwilligten.

— Die kommerziellen und landwirthschaftlichen Berichte, die uns aus der Provinz Preußen zugehen, klüpfen sämmtlich an die jetzt eröffnete Eisenbahnverbindung mit Russland die Erwartung, dass endlich die tractatenwidrige Grenzsperrre fallen und die Zollermäßigung des neuesten russischen Tarifs bald eine Ausdehnung erfahren werden, die den diesseitigen Erzeugnissen des Gewerbeleibes und der Agrikultur zu statten kommt.

— Berichte aus Hannover stellen in Aussicht, dass dem in den Grafenstand erhobenen Minister v. Borries eine Dotationszu Theil werden würde, zu welcher die Stände ihre Genehmigung zu erteilen hätten. Man bezeichnet die Domäne Nuthe als die dem neuen Grafen zugesetzte Ausstattung.

Kulm, 6. Juni. Am 24. v. M. wurde vor dem hiesigen Kreisgericht ein Prozess wider den Redakteur des hier in polnischer Sprache erscheinenden „Radwisanin“ wegen Beleidigung der Polizei-Direktion in Posen verhandelt. Gegenstand der Anklage waren zwei Korrespondenzartikel aus dem vorigen Jahre, der erste aus Berlin in Nr. 29, in welchem die vorjährige Interpellation des Abg. Dr. v. Niegolewski abgehandelt worden. Unter verschiedenen andern Ausführungen wird den Polizeibeamten in Posen auch noch vorgeworfen, dass sie beabsichtigt hätten, einen Aufstand zu hervorrufen. Der zweite Artikel in Nr. 22 ist aus Posen vom 30. Juni datirt, und bespricht die Verhaftung eines Gymnasiasten, welcher bei einer polnischen Theatervorstellung von dem Orchester eine Mazurka zu spielen verlangt. Der Korrespondent nannte dies Verfahren eine Ungerechtigkeit. Nach Erledigung verschiedener Formalitäten und nach längeren Zwischen-Verhandlungen verurtheilte der Gerichtshof, der Pos. Btg. zu folge, den Angeklagten zu einer Geldbuße von 100 Thlrn.

Bromberg, 6. Juni. Unsere Leser werden sich erinnern, dass Herr Regierungs-Präsident Freiherr v. Schleinitz Gelegenheit nahm, in dem Hause der Abgeordneten darauf aufmerksam zu machen, welche Gefahr der hiesigen Schiffahrt durch die Melioration der Tuchler Haide droht. Diese Vorstellungen sind bei Einem Hohen Ministerium nicht unbeachtet geblieben. Der Herr Geheime Ober-Baurath Kawerau aus Berlin hat bereits in Gemeinschaft mit den Herren Reg.-Rath Gerhardt und Bau-Inspektor Orthmann die erforderliche Untersuchung angestellt und wir dürfen hoffen, dass dem Uebelstande abgeholfen wird. — Der schon oft angeregte Bau eines Kanals von Bromberg nach der Weichsel würde dem Holzhandel einen mächtigen Aufschwung geben. Stettiner und Berliner Kaufleute haben sich dafür schon seit Jahren lebhaft interessirt, leider steht auch diesem Projekt wie so vielen andern wünschenswerten Einrichtungen im preussischen Staate der „Mangel an Fonds“ hemmend entgegen.

Bonn, 6. Juni. Für Arndt's Denkmal sind bis jetzt, einschließlich der aus Staatsfonds zugestellten 2000 Thlr., im Ganzen 27,152 Thlr. eingegangen. Einen wesentlichen Fortschritt haben die Bestrebungen für Arndt's Denkmal dadurch gemacht, dass Ritschel in Dresden die Ausführung des Standbildes übernommen.

Aus Thüringen, 7. Juni. Die „Wochenschrift des Nationalvereins“ hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens sich bereits nahe an 3000 Abonnenten erworben. Es ist nicht zu leugnen, dass der Inhalt der Wochenschrift bisher ganz geeignet war, Sympathien für die letztere zu gewinnen. Dass die Mitgliederzahl des Vereins, wie in vielen andern Staaten, so auch in Thüringen fortwährend im Wachsen begriffen ist, dafür zeugen die Mitteilungen der öffentlichen Blätter. Interessant ist es, aus einem polemischen Artikel gegen die „Allgem. Btg.“, welchen die neueste Nummer der „Wochenschrift“ geben bringt, zu erssehen, dass die an der Spitze des Vereins stehenden Persönlichkeiten das bisherige Programm desselben nicht mehr für ausreichend erachten. Die betreffende Stelle besagt: „Es ist nicht die Sache unserer Wochenschrift, dem National-Verein vorzugreifen, wir glauben indes sagen zu dürfen, dass innere und äußere Gründe der gewichtigsten Art den National-Verein drängen, seine Bestrebungen an die Fäden der deutschen Verfassungsgeschichte anzuknüpfen, welche im Frühjahr 1849 zerrissen wurden.“ Ebenso ist es nicht ohne Interesse, aus einer in derselben Nummer abgedruckten Besprechung einer politischen Flugschrift zu erkennen, dass die Spiken des Vereins den preussischen Militär-Vorlagen durchaus Beifall geben.

Die Erklärungen gegen die unseligen Neuerungen des Grafen Borries mehren sich von Tag zu Tage in allen Theilen Thüringens. Wie man glaubwürdig verschafft, wird zwischen den Regierungen der thüringischen Staaten eine gemeinschaftliche Gewerbe-Ordnung vorbereitet, die hoffentlich das Prinzip der Gewerbebefreiheit mehr und mehr zur Geltung bringt. Das Publikum leidet in den gedachten Staaten noch sehr an einem engherzigen Buntwesen.

Meiningen, 5. Juni. Die jüngst stattgehabte Fahnenweihe der Meiningen Turner, bei welcher auch die schwarz-roth-goldene Turnerfahne der Coburger erscheinen sollte, hat dem Herzog von Meiningen ein Geständniß entlockt. Einer Deputation der Meiningen Turner, welche um Zulassung der die deutschen Farben repräsentirenden Coburger Turnerfahne beim Feste petitio-nierte, bemerkte Serenissimus wörtlich: „Ich liebe diese Farben nicht“ und die Fahne durfte auch in Folge dessen beim Festzuge nicht erscheinen.

Kassel, 7. Juni. Die neue Verfassung hat man im Volke ruhig und kalt entgegen genommen. Man hat in Kurhessen schon so Vieles erlebt, dass man sich das Nil admirari wohl hat zu eigen machen können. Man wusste auch, dass es so kommen müsste. Denn wenn auch der Kurfürst in der letzten Zeit schwankend geworden war, so konnte doch Niemand auf einen so großen Einfluss, wie die Rückkehr zur Verfassung von 1831 gewesen wäre, bei ihm rechnen. Der Kurfürst hat bei wichtigen Angelegenheiten schon öfters geschwankt, ohne dass in der Stunde der Entscheidung ihm der gute Engel des Landes zur Seite gestanden. — Die neue Verfassung entspricht völlig den ständischen Anträgen von 1857. — Man erzählt sich, die Minister haben geglaubt, die neue Verfassung werde, weil so Vieles darin nachgegeben sei, allgemeine Freude erregen. Ist das wahr, so zeigt das recht, wie wenig diese Männer den Geist im Volke und die höhere — wir möchten sagen ideale — Bedeutung der stattgehabten Bewegung kennen. Man erzählt sich ferner Neuerungen derselben in dem Sinne, „dass nun endlich auch etwas für das materielle Wahl des Landes geschehen müsse und solle.“ Die guten Leute sollten doch am besten wissen, dass sie — nichts vermögen. Vorausichtlich wird Kurhessen sein steriles Dasein fortführen; und der Verfassungsschluss — wenn es ein Abschluss sein sollte — wird daran nichts besser machen.

Aus Mecklenburg, 6. Juni. In Sachen der mecklenburgischen Ostbahn (Güstrow-Stettin) liegt bisher auf zuverlässige Weise nur das vor, was zwischen Großherzogl. Finanz-Ministerium

und dem Vorstande der mecklenburgischen Eisenbahn-Gesellschaft vorläufig vereinbart und in der General-Versammlung der Aktionäre in Schwerin am 12. v. M. zur Vorlage gekommen ist. Das Ministerium hat nämlich etwa vier Wochen früher den Gesellschafts-Vorständen die Mittheilung gemacht, man sei regierungseitig nicht abgeneigt, das Projekt wieder aufzunehmen, eine Bahn in der Richtung von Güstrow über Teterow, Malchin, Stavenhagen und Neubrandenburg zur preussischen Grenze bei Straßburg unter der Bedingung der Fortführung auf preussischem Gebiete über Pasewalk direkt auf Stettin, auf Staatskosten zu erbauen, wenn die mecklenburgische Eisenbahn-Gesellschaft die Verpflichtung übernehme, eine jährliche Beihilfe zur Verzinsung des Baukapitals zu leisten. Nach der bis auf Genehmigung der General-Versammlung geschlossenen Vereinbarung wird letzteres, sollte es sich in Wirklichkeit auch höher belaufen, doch für den Zweck dieses Vertrages auf 5,500,000 Thlr. ein für allemal angenommen; von dieser Summe zahlt die mecklenburgische Eisenbahn-Gesellschaft ½ pCt, also 27,500 Thlr. jährlich, jedoch nur dann, wenn und insofern die Betriebs-Resultate der mecklenburgischen Bahn einen hinreichenden Ueberschuss zu solcher Zahlung gewähren, und zwar bis zur Amortisation des Baukapitals, welche der Berechnung zufolge, nach etwa 56 Jahren eintreten soll. Was den Betrieb auf der Ostbahn anbelangt, so haben beide Großherzogl. Regierungen sich vorbehalten, denselben entweder in eigene Verwaltung zu nehmen oder sich mit der mecklenburgischen Eisenbahn-Gesellschaft über eine Verpachtung derselben kontraktlich zu vereinbaren. Auf der Basis dieser vorläufigen Bestimmungen soll später ein förmlicher Vertrag geschlossen werden. Damit ist die früher verbreitete Annahme, es werde beabsichtigt, die Erbauung und den Betrieb der Bahn einer englischen Kapitalisten-Gesellschaft zu überlassen, zum Glück ausgeschlossen. Der von dem Gesellschafts-Vorstande proponierten Genehmigung dieser Punktionen stimmte die Generalversammlung der Aktionäre fast einstimmig (239 gegen 4) zu.

Vom Main, 7. Juni. Bei der spanischen Gesandtschaft am Bundestage ist dem Vernehmen nach aus Madrid die nicht ganz unwichtige Nachricht eingegangen, dass die Regierung von den Cortes die Ermächtigung verlangen wird, den bedeutend erhöhten Effektivbestand der Armee, der für die Kriegsführung in Afrika, aber auch nur für die Dauer dieser Kriegsführung bewilligt worden, in Erwägung der allgemeinen politischen Constellationen in Europa bis auf Weiteres beizubehalten. An der Genehmigung der Cortes zweifelt man nicht.

Karlsruhe, 4. Juni. Die schon längere Zeit verlautbare Nachricht, dass verschiedene der 1849 ihres Amtes entzogenen Advokaten, Rechtspraktikanten, Aerzte, Lehrer ic. wieder in den Staatsdienst aufgenommen werden sollen, scheint sich ihrer Verwirklichung zu nähern, was im ganzen Lande gewiss die ungeteilte Freude erregen wird.

Destreich.

Wien, 6. Juni. Der Reichsrath hat die erste Schlacht geschlagen und gewonnen, die Trophäen dieses Sieges verdienen zwar keine Aufbewahrung im Arsenal der Parlamente, aber sie zeigen von einem Durchbruch der Geschäfts-Ordnung, die man als Zwangsjacke dem jungen Institute anlegen zu müssen glaubte. Die Berathung des Budgets sollte in pleno vorgenommen werden; der Reichsrath schlug es ab. Ein Comité von 7 Personen sollte die Vorberathung pflegen; es erhielt aber das Gegenmandement, 21 Mitglieder ins Comité zu wählen, die Majorität von 42 gegen 14 Stimmen. Jedoch dieser Beschluss musste erst durch den Präsidenten dem Kaiser zur Aktion vorgelegt werden! Hieraus mag man erkennen, in welchen engen Kreis die Befugnisse eines Monarchen bref. Das bedeutsamste Wort sprach der Magyare Graf Majslath; sich entschuldigend, dass er der deutschen Sprache nicht ganz mächtig sei, sprach er in der geschicktesten Wendung die Hoffnung aus, „dass die Veröffentlichung der Verhandlungen die tiefgefühlten Wünsche der Bevölkerung und alle billigen Ansprüche erfüllen werde. Bei der Berathung des Budgets seien aber nicht sowohl die materiellen Ziffergruppen als die geistigen Faktoren zu prüfen. Keine Regierung sei theurer, als die über Unzufriedene; die billigste die, welche die größte Masse von Zufriedenen erzeugt.“ — Die Lektüre dieser ersten Verhandlungen erregt im Publikum ein ganz besonderes Erstaunen; man weiß nicht recht, welche Strömung nun die Oberhand hat und ob die widerstreitenden Elemente gegen Deffentlichkeit und Parlamentarismus auf dem Rückzuge sind. So oft getäuscht, traut man diesen Anfängen keine Entwicklungsfähigkeit zu und doch muss man gestehen, der junge Wein gährt.

Wie der „Wanderer“ meldet, finden in Drezow seit einiger Zeit Verhaftungen solcher Juden statt, welche auf der Gasse sich befinden, während der Pfarrvikar mit dem Allerheiligsten den Ringplatz passiert.

Spanien.

Madrid, 5. Juni. Die Regierung hat den Cortes einen Gesetz-Entwurf, bezüglich einer Belohnung für die Verwundeten

der afrikanischen Armee, vorgelegt. Marshall O'Donnell erklärt, daß er bereit sei, auf alle Anschuldigungen, bezüglich des marokkanischen Kriegs, zu antworten. Die moderate Presse ist plötzlich günstig gestimmt und rechtfertigt die Sachlage mit den auswärtigen Gefahren.

Provinziales.

Stettin, den 9. Juni.

** Eine Veränderung in dem Fahrplane unserer Lokal-Dampfschiffe, die seit einiger Zeit vor den Rhevereien derselben beliebt wird, ist für die Verkehrs-Verhältnisse unserer Stadt zu nachtheilig, als daß wir deren nicht besonders erwähnen und auf deren Abstellung dringen müßten. Die Dampfschiffe „Rügen“ und „Prinz-Royal-Victoria“ die früher Morgens um 6½ Uhr von hier expediert wurden, gehen jetzt um 10½ Uhr, nach Ankunft des Eisenbahnzuges nach Berlin ab. Weshalb? ist uns nicht recht klar geworden, es sei denn, daß es in der Absicht läge, den Aufenthalt von Fremden in unserer Stadt gänzlich abzuwenden. Bei der früheren Einrichtung war die große Anzahl der mit diesen Schiffen nach Swinemünde, Putbus, Greifswald, Stralsund, überhaupt dem ganzen Vorpommern gehenden, großenteils aus dem innern Provinzen kommenden Reisenden genötigt, hier die Nacht zuzubringen. Die Reisenden hatten den Vortheil, dann frisch geprägt die Reise über das Haff anzutreten und Nachmittags bei guter Zeit die entferntesten Punkte mit den Dampfschiffen zu erreichen; unsere Stadt hatte den Vortheil, eine große Anzahl Reisender hier zu behalten, die eine nicht unbeträchtliche Summe hier ließen, eine Einnahme, die zunächst den Hotelbesitzern, aber mittelbar der ganzen Stadt zu gute kam. Viele Reisende kamen schon am Nachmittage des vorhergehenden Tages an, sie besuchten Theater, Konzerte, nahmen die Sehenswürdigkeiten unserer Stadt, die schöne Umgegend in Augenschein, und entstand auch hierdurch den Bewohnern unserer Stadt so mancher Nutzen. Nach der neuen Einrichtung fallen alle diese Vortheile weg, die Reisenden, welche von weiterher kommen, bleiben die Nacht in Berlin, müssen früh Morgens die Eisenbahnfahrt, dann die Seefahrt vielleicht mit See-krankheit machen und kommen dann Abends, an den entferntesten Orten erst bei Einbruch der Nacht an den Bestimmungsorten an. Den größten Nachtheil hat aber unsere Stadt: mit großen Kosten sind hier alle Bequemlichkeiten für das reisende Publikum getroffen, um dasselbe zur Reise über Stettin zu veranlassen — wir erinnern nur an die mit großen Opfern bewirkte Verlängerung des Dampfschiffsbauwerkes — aber was hat jetzt die Stadt für einen Nutzen davon, sie sieht die Fremden in Masse kommen, aber eben so schnell verschwinden. Bei den Postdampfschiffen ist es gerechtfertigt, wenn die Anschlüsse an die Eisenbahnzüge unmittelbar stattfinden, aber bei Privatdampfschiffen dürfte doch die Bequemlichkeit der Reisenden und die Rücksicht auf die städtischen Verhältnisse vorzugsweise Berücksichtigung verdienen. Die alte Einrichtung hatte auch noch den Vortheil, daß Hiesige bequem in einem Tage nach Swinemünde hin und zurückkehren und dort in der Zwischenzeit Geschäfte abmachen konnten, was jetzt unmöglich ist. Zu der allgemeinen Handelsflaue kommt nun noch diese absichtliche Entziehung des Verkehrs, die unsere Hotels leer stehen läßt und unsere Gewerbetreibenden im Allgemeinen empfindlich benachtheilt; es wäre daher wünschenswerth, sobald als möglich hier wieder eine Rendierung eintreten zu lassen.

** Das Königl. Preuß. Postdampfschiff „Preuß. Adler“ ging heute Mittag 1 Uhr mit 73 Passagieren nach Kronstadt (St. Petersburg) ab. Zugleich wollen wir bemerken, daß bei der letzten Ankunft des Schiffes die zu Ehren des spanischen Gesandten gezogene spanische Flagge nicht vom Haupttop, sondern vom Bordertop wehte.

** Die Nachricht in Nr. 264 unserer Zeitung von dem Aufinden der Leiche des Kellermeister K. beruht auf einem Irrthum. Auch der Verlust desselben von 4000 Thlr. bedarf noch der Bestätigung.

** Gestern fand in einem Hause der Frauenstraße eine kleine Explosion statt, die aber leicht üble Folgen haben können. Ein Gymnasiast hatte hinter Büchern in seinem Bücherspind eine bengalische Flamme versteckt, deren Füllung sich durch irgend einen Zufall entzündete. Die Explosion war so stark, daß die Bücher weit hin geschleudert wurden und durch die leicht entzündeten Papiere das Spind in Brand zu gerathen drohte. Dem schnell herbei eilenden Vater gelang es, das entstehende Feuer zu löschen, ehe weiterer Schaden wurde.

** Nach einer Mittheilung aus Breslau ist gegenwärtig der Wasserstand der Oder dort ein so niedriger, wie er in diesem Jahre noch nicht gewesen; doch hofft man, daß die anhaltenden Regen der letzten Wochen denselben verbessern werden.

* Wie in der Provinz Westphalen, so soll jetzt auch in Pommern alle drei Jahre in der Pfingstwoche eine Konferenz sämtlicher Direktoren der Gymnasien und der Realschulen erster Ordnung der Provinz Pommern unter Leitung des Provinzial-Schulrats stattfinden; zur Besteitung der ersten Unkosten hat das Marienstift hier selbst eine Summe gewährt.

* Der „Staats-Anzeiger“ enthält einen Ministerial-Beschluß, betreffend die Errichtung öffentlicher jüdischer Schulen, in welchem es heißt, daß die früher geltend gemachten Gründe, daß die Errichtung öffentlicher jüdischer Schulen überhaupt nicht erwünscht und nicht anzurathen sei, so lange nicht für Vorbildung qualifizierter jüdischer Lehrer ausreichende Vorsorge getroffen sei, nicht weiter als maßgebend in Betracht kommen können. Es handelt sich vielmehr darum, ob die im S. 64 des Gesetzes vom 23. Juli 1847 enthaltenen Voraussetzungen für Anlegung einer öffentlichen jüdischen Schule als zutreffend anzusehen sind. Es scheint dies bei einer Anzahl von ca. 50 schulpflichtigen jüdischen Kindern, und da die betreffenden Familienväter schon seither in einer auf ihre Kosten unterhaltenen Privatschule den Unterricht ihrer Kinder haben besorgen lassen, da ferner in den früheren Berichten aus dem allgemeinen Schul-Interesse keine Gründe gegen Anlegung einer öffentlichen jüdischen Schule in N. angebracht worden sind, nicht zweifelhaft zu sein.

Der früher geltend gemachte Einwand, daß die Einnahmen der christlichen Ortschulen durch die beantragte Einrichtung beein-

trächtigt werden würden, dürfte nicht von Erheblichkeit sein. Die große Mehrzahl der jüdischen Kinder hat schon seither die jüdische Privatschule besucht und also zu den christlichen Schulen kein Schulgeld gezahlt. Es kann sich daher nur noch um die eventuell eintretende Befreiung der jüdischen Einwohner von den unmittelbaren persönlichen Leistungen Beihülf Unterhaltung der Ortschulen so wie um die zur jüdische Schule aus Kommunalmitteln zu gewährende Beihülfe handeln. In letzterer Beziehung haben es aber die Aussichtsbehörden in der Hand, jene Beihülfe nötigenfalls in quanto auf ein Minimum festzusetzen.

Hierach, und da es sich überhaupt nicht empfehlen kann, lediglich im Interesse der christlichen Bevölkerung die Errichtung öffentlicher jüdischer Schulen zu verhindern, wird die Königliche Regierung veranlaßt, die Sache in nochmalige Erwägung zu nehmen und dem Antrage der Petenten zu willfahren.

Ferner theilt der Staats-Anzeiger eine die Vertheilung der Beiträge zu Schul-Erweiterungsbauten betreffende Verfügung des Kultusministers vom 13. März d. J., und eine auf die Vertheilung der Schul-Lasten bezügliche Verfügung derselben Herrn Ministers vom 5. April d. J. mit. In den beiden letzten Verfügungen handelt es sich um ganz spezielle Fälle. Als von allgemeinerem Interesse heben wir aus der Verfügung vom 5. April folgendes hervor. Es wird in derselben die Anordnung, nach welcher in einem Orte das Schulholzgeld zwischen dem Guts- und dem Gemeinde-Bezirk nach der Zahl der Haushaltungen getheilt und demnächst der auf jeden Bezirk fallende Anteil von den in demselben wohnenden Hausvätern nach Maßgabe der Grund- und Klassensteuer ausgebracht werden sollte, als mit den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts über die Unterhaltung der Schulen nicht vereinbar erklärt. „Eine Vertheilung der Schullasten in der projektierten Weise“, sagt die betreffende Verfügung, „würde sich nur rechtfertigen lassen, wenn die Unterhaltung der Schulen den politischen Gemeinden obliege, und die letzteren als Glieder der Schulgemeinde anzusehen wären. Dies ist aber nach den Bestimmungen des Landrechts nicht der Fall. Nach demselben ist vielmehr die Schul-Last nicht eine Kommunal-Last, sondern eine gemeinsame Last der zur Schule gewiesenen Hausväter, und nicht die im Schulbezirk vorhandenen Gemeinden, sondern die vom Staat zu einer Schule gewiesenen einzelnen Hausväter bilden die Schulgemeinde, wie dies auch von dem Ober-Tribunal in der Vergründung des Plenar-Beschlusses vom 20. Juni 1853 ausgeführt ist. Demnach ist es für die Verpflichtung des einzelnen Hausvaters zur Unterhaltung der Schule ohne Einfluß, zu welcher politischen Gemeinde er gehört. Er kommt in Bezug auf die Schule nur als Mitglied der Schul-Sozietät in Betracht und kann als solches nur in gleichem Maß, wie die übrigen Mitglieder der Körporation, zu den Schulbeiträgen nach näherer Bestimmung des S. 31. Tit. 12 Theil II. Allgemeinen Landrechts herangezogen werden.“

* Stargard, 8. Juni. Am Mittwoch den 6. rückte das 2. Bataillon des 9. comb. Inf.-Regts. (Cösliner Landw.-Bat.) hier ein und ist nunmehr das ganze Regiment hier beisammen. Dem Vernehmen nach wird nun auch das Regts.-Musik-Corps errichtet werden und sollen dem Dirigenten unserer städtischen Kapelle Aussichten eröffnet sein.

Aus Pyritz erfahren wir, daß 2 Comp. des Füssli-Bat. Colbergischen Regts. eine Durchsuchung der Waldungen zwischen Lippehne-Soldin vorgenommen haben, wo sich eine Bande gefährlichen Diebsgesindels aufhalten soll; ob mit Erfolg, haben wir nicht vernommen.

Trotz aller angekündigten Konzerte im Freien wollen die täglichen Regen- und leichten Hagelschauer nicht weichen; selbst heute am Tage Medardus haben wir dergl., und „Wie's Wetter zu Medardi fällt, es bis zum Mondesschluss aushält“ — „solch Wetter auch in die Erndte fällt“ — sagt eine alte Bauernregel.

* Greifswald, 6. Juni. Von Michaelis 1859 bis Ostern 1860 waren immatrikulirt 294 Studirende, davon sind abgegangen 95, hinzugekommen 80, die Gesammtzahl beträgt daher jetzt 279. Die theologische Fakultät zählt 30 Inländer, die juridische 28 Jnl., die medicinische 131 Jnl. und 8 Ausländer, die philosophische 71 Jnl. und 11 Ausländer. Außerdem sind zum Besuch der Vorlesungen berechtigt 6, es nehmen also im Ganzen an den Vorlesungen Theil 285.

* Stolp, 6. Juni. Vorgestern fand das diesjährige Königsschießen der hiesigen Schützengilde in gewohnter Weise in der Lohmühle statt; den besten Schuß hat der Ossenfabrikant Göring, der als Schützenkönig feierlich nach dem Schützenhause geleitet wurde, wo Festmahl und Ball die Feier des Tages beschloß. Den Auszug begünstigte das schönste Wetter, Nachmittag und Abend aber ergoß sich in Folge eines Gewitters der Regen in Strömen und störte besonders auch das fröhliche Treiben der Jugend und der Menge an den auf dem Wollmarkt, dem Schützenhause gegenüber aufgestellten Verkaufsbuden.

Das Wiegen und Abfahren der Wolle findet schon seit fast 2 Wochen statt, da in Folge der früheren Wärmen und günstigen Witterung viele Herdenbesitzer schon früh ihre Wäsche und Schur vollendet hatten; die in der letzten Zeit erst die Schafwäsche ausführen konnten, haben hin und wieder in Folge der eingetretenen sehr kühlen Witterung einen Verlust an Schafen zu beklagen; im Allgemeinen wird aber die Wäsche gelobt, auch ist man mit dem Ausfall der Schur zumeist zufrieden.

Gestern wurde auf dem hiesigen Kirchhofe der Leichnam eines neugeborenen Kindes, der nur leicht verscharrt war, aufgefunden; noch ist die unglückselige Thäterin unbekannt. — Auf den 18. d. Mts. beginnen die Schwurgerichts-Verhandlungen, wovon später berichtet werden soll.

Der Schiffsvorlehr im Stolpmünder Hafen ist in diesem Frühjahr ziemlich lebendig; der Wasserstand im Seegatt beträgt zumeist 8—9 Fuß. Die Weiterführung der westlichen Mole hat günstig eingewirkt, ihre noch weitere Fortsetzung ist aber den Interessen des Schiffsvorlehrs sehr zu wünschen.

Der Herr Handelsminister v. d. Heydt hat bei seiner Anwesenheit in der mit Eisenbahnen reich gesegneten Rheinprovinz der Stadt Trier den Bau einer Eisenbahn nach dem Rhein in nächste Aussicht gestellt. — Die hinterpommersche Eisenbahn ist

und bleibt aber immer noch eine wenig rentbare Eisenbahn-Sackgasse.

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., 8. Juni. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung des Bundestages beantragte der handelspolitische Ausschuss bezüglich des Würzburger Antrages wegen Einführung eines einheitlichen Maßes und Gewichtes die Niedersezung einer technischen Kommission in Frankfurt a. M.

Bern, 8. Juni. (W. T. B.) Nach hier eingetroffenen Berichten wäre eine Seitens der französischen Regierung angebotene Vermittelung zwischen dem neapolitanischen Gouvernement und Garibaldi verspätet eingetroffen, da die Königlichen Truppen bereits genehmigt gewesen wären, Catanea, Trapani und Palermo zu räumen.

London, 8. Juni. (W. T. B.) Die heutige „Morning post“ bringt die Waffenstillstandsbedingungen, welche am Bord des „Hannibal“ am 30. Mai vorgeschlagen worden sind. Es sind folgende: 1) Innehaltung der Positionen, 2) Freiheit, den Verwundeten Beistand zu leisten, 3) Erlaubnis, den Armenhospitäler das Nötige zu liefern, 4) die Municipalität solle eine Petition betreffs Reformen der Institutionen Siciliens an den Kommissarius richten. Garibaldi acceptierte die ersten Bedingungen und verwarf die vierte. Hierauf wurde die Konferenz aufgehoben, aber die Feindseligkeiten begannen nicht wieder, da die Unterhandlungen fortgesetzt werden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 9. Juni. Witterung: warme Lust, gestern Abend Regen. Temperatur: + 17°. Wind: SW.

Am heutigen Landmarkt bestand die Befuhr aus: 15 W. Weizen, 12 W. Roggen, 2 W. Gerste, 7 W. Hafer, — W. Erbsen. — Bezahlt wurde für: Weizen 78—80 Rt., Roggen 47—49 Rt., Gerste 39—40 Rt., Erbsen 53—55 Rt., alles pr. 25 Schfl.; Hafer 28—30 Rt. pr. 26 Schfl.

Stroh pr. Schaf 5½—6½ Rt. Heu pr. Ctr. 15—17½ Sgr.

An der Börse:

Weizen behauptet bei ruhigerem Geschäft, loco pr. 85 pf. gelber 81 Rt. bez., 2 Ladungen Bromberger 81 Rt. bez., 1 Ladung märker 83 Rt. bez., 2 Ladungen feinen Bromberger 85½ pf. 82 Rt. bezahlt, schlf. pr. Ronnois. 77 Rt. bez., 85 pf. gelber ins. Juli 82 Gd., 84 Säpf. 81 Rt. Gd., Juli-August 82 Rt. bez., 82½ Br., September-Oktober do. 82 Rt. Gd. u. Br.

Roggen anfangs niedriger, schließt fester, loco 77 pf. 46½ Rt. bez., Juni gestern 46½, heute 46½ Rt. bezahlt, 77 pf. Juni-Juli Abend 46½ Rt. bez., heute 46½ Rt. bez., Juli-August 46½ Rt. bez., 46½ Br., August-September gestern Abend 46½ Rt. bez., 46½ Br. n. Br., September-Oktober 46½—1½—1½ Rt. bez.

Gerste und Hafer ohne Umlauf.

Nübel fester, loco mit Fas 11½ Rt. bez., mit Fas 12 Rt. bez., Juni-Juli 11½ Rt. bez., Juli-August 11½ Rt. bez., September-Oktober 12½ Br., 12½ Br. Rt. bez. u. Gd.

Leinöl loco insl. Fas 10½ Rt. Br.

Spiritus fest und seines höher bezahlt, loco ohne Fas 18½ Rt. bez., Juni-Juli 18½ Rt. Gd., Juli-August 18½, 11½ Rt. bez., August-September 18½ Rt. bez., 18½ Br., 18½ Gd., September-Oktober 18½ Rt. Gd., 18½ Br., Oktober-November 17½ Rt. Br., 17½ Gd.

Posen 8. Juni. Roggen anfangs matt, gekündigt 250 Wsp., pr. Juni-Juli 43½—1½ Rt. bez. u. Gd., pr. Juli 43½—44 Rt. bez., pr. August 44 Rt. Gd., pr. September-Oktober 44 Rt. bez. u. Gd.

Spiritus (pr. 8000 pft. Tralles) ohne wesentliche Aenderung, gef. 12,000 Qt., mit Fas pr. Juni 17½ Rt. bez., pr. Juli 17½ Rt. bez., pr. August 17½ Rt. Gd., pr. August-September 18½ Rt. Gd.

Hamburg, 8. Juni. Getreidemarkt. Weizen Anfangs sehr aufgeregt, schließt ruhiger; loco 29 Lt. höher; ab Holstein pr. Juni 140, Juli 142, pr. Juni-Juli 140—142 erlassen. Roggen loco fest, ab Königsberg pr. Juni, Juli, August 76, 77, 78 bezahlt, a 75 käuflich. Del pr. Juni 24½, Oktober 26½.—Kasse, drei schwimmende Ladungen 13,000 Sac Santos, 2000 Sac Rio-, 6000 Sac loco Rio-Santos umgesetzt.

Paris, 8. Juni. Die 3% eröffnete zu 68, 30, fiel auf 68, 15 stieg auf 68, 25 und schloß hierzu bei großer Geschäftsstille und in trager Halting. — Konjunkt von Mittags 12 Uhr waren 95½ eingetragen. — Schluss-Course: 3 pft. Rente 68, 25. 4½ pft. Rente 96, 45. —

Amsterdam, 8. Juni. Getreidemarkt. Weizen 6 fl. höher, Roggen 2 fl. höher, bei ziemlich lebhaftem Geschäft — Raps pr. September 72, Oktober 72½. — Nübel pr. Novbr. 42½.

Die telegraphischen Depeschen melden:

Berlin, 9. Juni. Staatschuldchein 81 Brief. Staats-Anleihe 4½ pft. 99½ bez., Berlin-Stettiner 100½ bez., Stargard-Posen 80 bez., Ostr. Nat.-Anl. 59 bez., Pomm. Pfbr. 3½ pft. 86½ bez., Oberschles. Eisenbahn — Gd. Wien 2 Mon. — bezahlt. Hamburg 2 Mon. 149½ bez., London 3 Mon. 6. 17½ bez.

Roggen pr. Juni 48½ bez., pr. Juli-Juli 48½ bez., 49 Gd., pr. Juli-August 49, 49½ bez., September-Oktober 49½, 49½ bez., Nübel loco 11½ Br., pr. Juni-Juli 11½ bez., 1½ Gd., pr. September-Oktober 12, 12½ bez.

Spiritus loco pr. 8000 pft. 18½ bez., Juni-Juli 18½, 1½ bez., Juli-August 18½, 1½ bez., September-Septbr. 18½, 1½ bez.

Wollmarkt.

Breslau, 8. Juni. Die Qualität und Wäsche der diesjährigen Produkte war im Allgemeinen vortrefflich und entschädigte die Käufer durch geringeren Waschverlust für die so sehr gestiegenen Preise.

Das gesammte zugeführte Quantum betrug von schlesischer Wolle ca. 38,000 Ctr. von Posenschen und Polnischen Einschuren " 9,000 " alter Bestand " 4,000 "

in Summa 51,000 Ctr.

Im vorigen Jahre hatten wir 58,000 " demnach dies Jahr weniger ca. 7,000 Ctr.

welche Zahlen unverkennbar die stetige Verminderung der Produktion beweisen.

Man bewilligte folgende Preise:
für Schlesische hochfeine und Elektoralwollen von 100—120 Rt.
" do. feine " 100—102 " " 92—98 " " 76—86 " " 75—88 " " 65—75 " " 94—100 " " 78—85 " geringe
" do. mittelfeine " 92—98 " " 76—86 " " 75—88 " " 65—75 " " 94—100 " " 78—85 "

Die Lage des Geschäfts bleibt gesund und wir haben, wenn nicht erhebliche politische Störungen eintreten, keinen Rückgang zu erwarten.